

Nahost-Christen: Katholischer Laienrat appelliert an die Bundesregierung und Europa

Bericht von Erich Leitenberger

„Die sichere Rückkehr der Christen muss auf die Agenda der europäischen Außenpolitik gesetzt werden“ – Unterstützung für die „Aktion Heimkehr“ katholischer Organisationen, die sich in zwei Dörfern der Ninive-Ebene für die Heimkehr der vertriebenen Christen einsetzt

Wien, 11.03.18 (klrö/poi) Der Katholische Laienrat Österreichs (KLRÖ) hat in einer einmütig verabschiedeten Resolution bei seiner Vollversammlung am Samstag im Wiener Don Bosco-Haus an den „skandalösen Umstand“ erinnert, dass Christen noch immer in verschiedenen Regionen der Welt „aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben, eingesperrt oder sogar getötet werden“. Die Vollversammlung des Laienrats verwies auf die wiederholten Aufrufe der christlichen orientalischen Patriarchen und Bischöfe zur Hilfe und Unterstützung für die Christen im Nahen Osten. Wörtlich wurde in der Resolution festgestellt: „Die orientalischen Patriarchen erwarten, dass die Weltgemeinschaft und Europa auch politischen Druck auf die Regierungen im Irak und in Syrien ausüben. Die Christen, die in den vergangenen Jahren besonders unter den Angriffen des IS (Daesh) zu leiden hatten, müssen künftig als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger anerkannt werden.“

Die KLRÖ-Vollversammlung begrüßte in diesem Zusammenhang, dass im Regierungsprogramm von ÖVP und FPÖ festgehalten wird, dass sich „die Bundesregierung international gegen die Verfolgung religiöser Minderheiten – insbesondere christlicher Minderheiten – einsetzen und zugleich gegen religiös-extremistische Ideologien (z. B. den Islamismus) auftreten wird.“

Insbesondere sei es nötig, dass die EU den vernachlässigten Schutz der orientalischen Christen bei der Rückkehr und beim Wiederaufbau ihrer Wohn- und Siedlungsgebiete auf die Agenda der europäischen Nahost-Politik setzt. In erster Linie gehe es dabei darum, dass staatliche Grundrechte, die Religionsfreiheit und die gleichberechtigte Stellung der Christen in Syrien und im Irak sichergestellt werden.

Der Katholische Laienrat Österreichs appellierte deshalb auch an Außenministerin Karin Kneissl, dieses Thema zu einem primären Anliegen der österreichischen Außenpolitik zu machen, es auf die Agenda der europäischen Politik zu setzen und dabei eine Führungsrolle zu übernehmen.

Gerade das christlich geprägte Europa müsse den verfolgten und vertriebenen Christen eine moralische und politische Stütze sein, damit ihre Präsenz in ihrer angestammten Heimat auch in Zukunft gesichert ist und das Erbe des Urchristentums bewahrt bleibt.

Der KLRÖ unterstützt deshalb in seiner Gesamtheit mit Nachdruck die gemeinsame Solidaritätsaktion von „Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände Österreichs“ (AKV), „Christian Solidarity“-Österreich (CSI), „Kirche in Not“ (KiN), der „Initiative Christlicher Orient“ (ICO) und der „Kardinal König Stiftung“ zur Rückkehr der orientalischen Christen in die christlichen Dörfer der Ninive-Ebene.

Lage-Analyse über Situation der orientalischen Christen

Als Ergänzung zur Resolution legte die KLRÖ-Vollversammlung eine Lage-Analyse vor, in der u.a. auf den Appell des Wiener syrisch-orthodoxen Chorpiskopos Emanuel Aydin aufmerksam gemacht wird, der anlässlich des letzten „Fackelzugs gegen Christenverfolgung“ am 13. Dezember 2017 in Wien an alle Verantwortungsträger in den Kirchen und der Politik appelliert hat, „der Christenverfolgung ins Auge zu sehen, sie ehrlich zu benennen und politisch zu bekämpfen. Das orientalische Christentum schrumpft

zusammen. Die Geopolitik der führenden Mächte hat kein Interesse an den Christen im Orient, in Syrien, im Irak, in der Türkei.“

Erst vor drei Monaten habe der syrisch-katholische Erzbischof von Mosul, Boutros Mouche, gemeint, „die Christen im Nordirak fühlen sich von der Weltgemeinschaft und Europa im Stich gelassen“, heißt es in der Lage-Analyse. Ähnliche Hilfsappelle seien vom chaldäisch-katholischen Patriarchen Mar Louis Raphael Sako gekommen. Der syrisch-orthodoxe Patriarch Mor Ignatius Aphrem II. habe im Blick auf Österreich gemeint, er erwarte sich von der österreichischen Regierung auch Engagement für Syrien: „Österreich könnte durch seine Neutralität eine wichtige Rolle spielen, um zwischen unterschiedlichen Positionen zu vermitteln. Wir würden ein stärkeres Engagement Österreichs sehr begrüßen.“

Zwar sei die Terrororganisation IS nun besiegt, aber die islamistisch-extremistische Ideologie sei in den nahöstlichen Ländern noch immer präsent. Es gehe nun darum, der positiven politischen Absicht auch die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Sebastian Kurz habe sich – noch als Außenminister - in seiner Botschaft beim „Fackelzug gegen Christenverfolgung“ dafür ausgesprochen, sich auch künftig im Rahmen der heimischen Politik wie auch auf EU-Ebene für weltweite Religionsfreiheit einzusetzen. „Der Schutz von Christen muss einen stärkeren Bezug für unser außenpolitisches Handeln erhalten – bilateral und auf EU-Ebene“, zitiert der Laienrat in seiner Lage-Analyse aus der Botschaft des damaligen Außenministers im Dezember.

Bei der gemeinsamen Solidaritätsaktion „Aktion Heimkehr“ von „Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände Österreichs“ (AKV), „Christian Solidarity“-Österreich (CSI), „Kirche in Not“ (KIN), der „Initiative Christlicher Orient“ (ICO) und der „Kardinal König Stiftung“ geht es darum, die Rückkehr von Christen in zwei christliche Dörfer der Ninive-Ebene - konkret Baqofa und Telskof – zu ermöglichen. Es soll dabei ein „Österreich-Beitrag“ für den Wiederaufbau der Häuser, die Errichtung eines Pfarrgemeindezentrums, eines Kindergartens und einer Schule geleistet werden. Es geht aber auch um die Wiederherstellung der dörflichen Infrastruktur durch den Bau von Brunnen und der Wasser- und Stromversorgung. (Spenden: CSI AKV Christen in Not / Österr. Dorf Baqofa, IBAN: AT49 2011 1824 1397 6101, Informationen: www.christeninnot.at). (forts)

Rank neuer Präsident

Statutengemäß fand bei der Vollversammlung auch die Neuwahl des KLRÖ-Präsidenten statt. Der bisherige geschäftsführende Präsident Wolfgang Rank wurde mit überwältigender Mehrheit (29 von 31 Stimmen) zum Präsidenten gewählt. Rank skizzierte für die nächsten Jahre des Laienrats ein Drei-Punkte-Programm: Regelmäßiges Gespräch zwischen Vertretern der Bischofskonferenz und Personen aus den Laienorganisationen; Mitgestaltung im politischen und sozialen Entscheidungsprozess Österreichs, auf der Grundlage der Katholischen Soziallehre, mit Betonung der Langfristigkeit und der Nachhaltigkeit; besonderes Augenmerk auf Entwicklungen und Fragen der Achtung der Menschenwürde und des Lebensschutzes, auf Österreich- wie auch Europa-Ebene. Der neugewählte Präsident will sich aber auch für die Überarbeitung des in seiner ersten Fassung aus den 1970er-Jahren stammenden Statuts des Katholischen Laienrats einsetzen.

„Religion im öffentlichen Raum“

Im Studienteil der Vollversammlung ging es um Religion im öffentlichen Raum. Der Soziologe und Religionswissenschaftler Karsten Lehmann, Forschungsprofessor an der Kirchlich-Pädagogischen Hochschule (KPH) Wien-Krems, plädierte für den Abschied von der überkommenen Säkularisierungstheorie, die vom unaufhaltsamen Bedeutungsverlust von Religion ausging. Stattdessen verwies er unter Hinweis auf neuere wissenschaftliche Arbeiten auf das Konzept der „Sedimentierung des Religiösen“. Lehmann nannte

verschiedene, oft übersehene, Phänomene wie die massive Rückkehr der Religion in die „öffentliche Sphäre“ in den 1980er-Jahren, die globale Differenzierung, aber auch den Bedeutungsgewinn des Papsttums im Zusammenhang mit der Menschenrechtsdiskussion ab den 1950-Jahren.

Der Wiener Religionsrechtler em. Prof. Richard Potz unterstrich die zentrale Bedeutung der religiösen Neutralität des Staates. Der moderne demokratische Staat habe keine religiöse Begründung, er dürfe Religionsgemeinschaften weder bevorzugen noch diskriminieren, er habe aber auch nicht kämpferisch areligiös in Sinn einer „säkularistischen Intoleranz“ zu sein.

Die Neutralität des Staates habe zwei Grundaspekte, so Potz: Dort, wo der Staat seine eigentliche hoheitliche Aufgabe zu erfüllen habe, bedürfe es keiner religiösen Überhöhung. In anderen Bereichen gebe es das Kooperationsmodell, das in den meisten europäischen Staaten in unterschiedlicher Ausformung angewendet werde. Die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates sei jedenfalls nicht mit einem laizistischen Konzept identisch. Der Staat stehe aber auch nicht „über“ den Konfessionen und könne z. B. nicht entscheiden, ob etwa in Moldawien die „Moskauer“ oder die „Bukarester“ Richtung die „wahre“ orthodoxe Kirche sei. Dies sei auch vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof festgestellt worden. (ende)

(Infos: Erich Leitenberger, Tel.: 0664/515 52 69, E-Mail: leitenberger@pro-orient.at)